

Eine edle Idee im Notstand. Zur Zweiten Parteikonferenz der SED im Juli 1952 (mit zwei Dokumenten)

Wilfriede Otto

Der zäsurbildende Platz, den die II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 in der offiziellen Historiographie der DDR einnahm, veränderte sich. Nicht unbegründet rückten in der neueren Literatur vor allem außenpolitische Aspekte¹ – im Zusammenhang mit der deutschen Frage, der Friedensvertragsproblematik oder den Kreml-Vorgaben – sowie militärpolitische Veränderungen in der DDR² in den Vordergrund. In Längsschnitten erscheint das Ereignis nur allgemein oder ist einem Kontinuitätskonstrukt von barem Unrecht zugeordnet; in Diskussionen wird zum Teil ängstlich vermieden, einen Zusammenhang zum Krisenjahr 1953 zu sehen. Natürlich wird die Konferenz im Jahrhundertverlauf zu einer Anmerkung in der Geschichte, was ihre relative Schlüsselfunktion, die sie im Jahr 1952 einnahm, dennoch nicht gänzlich aufheben kann. Deshalb meine Nachfragen und Überlegungen.

Als Walter Ulbricht³ am 9. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle den berühmten Satz verkündete, das ZK habe beschlossen, der II. Parteikonferenz vorzuschlagen, "daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird"⁴, wurde ein kompliziertes Gesellschaftsprojekt als Überraschungseffekt angeboten. Eine zeitgenössisch relativ gängige Idee tauchte laut Protokoll in den langanhaltenden Beifall sowie in Hochrufe von mehr als 4500 Anwesenden (1565 Delegierte, 494 Gastdelegierte sowie 2509 Gäste aus 25 Ländern) ein. Otto Buchwitz⁵ drückte es durchaus korrekt aus, wenn er stellvertretend für viele Menschen emotionsgeladen an traditionsgebundene und bittere Lebenserfahrungen erinnerte: "Ich dachte vor allen Dingen an die Alten draußen im Lande, die 30, 40, 50 und mehr Jahre in der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Wir haben es immer gewollt! Wir haben es ersehnt! Wir haben es in uns getragen wie einen heiligen Schatz! Wir haben gekämpft! Wir haben gelitten und Opfer gebracht, wie sie ein einzelner für diese große, schönste und herrlichste Idee nur bringen kann. Nun eröffnet sich für uns, die wir am Ausgang des Lebens stehen, eine Perspektive. Eine Perspektive, die wir ersehnt, die wir erträumt haben, die für uns in den dunklen Jahren unseres Lebens, im Zuchthaus oder im KZ, der innere Fundus war, an den wir uns klammerten, an deren Sieg wir glaubten, was uns hinwegbrachte über die Jahre der Not und der Finsternis."⁶

1. Die Suche nach dem Ausgangspunkt

Bei allem Verständnis für die Entscheidungssituation bleibt jedoch die Frage nach den Ursachen für den Attacke-Charakter im Umgang mit der Sozialismus-Idee zurück. Selbst das Zentralkomitee erfuhr erst kurz vor der Konferenz von dem Entschluß,⁷ Nicht nur gestandene Funktionäre wie Karl Schirdewan⁸, sondern auch viele SED-Mitglieder sahen sich überrascht. Das allgemeine sozialistische Zukunftsziel der Partei,

in den "Grundsätzen und Zielen der SED" von 1946 wie auch im Parteistatut von 1950 fixiert, war bekannt; es wurde aber nicht als Tagesaufgabe verstanden.⁹ Der strategische Schwenk der II. Parteikonferenz war nicht zwingend, weil er nach der Logik des abgelaufenen Geschichtsprozesses mit dem Zick-Zack-Kurs in der DDR nicht unbedingt erforderlich war; eher stand er ihr im Wege. Den Beschluß der Konferenz als eine große strategische Entscheidung zu verstehen, begründete Ulbricht umfassend. Gegenüber der stenographischen Niederschrift der Konferenz¹⁰ ist das publizierte Protokoll sogar ausführlicher in bezug auf die politisch zugespitzte Einschätzung des anderen deutschen Staates sowie auf die Vorgeschichte der DDR bis 1952¹¹. Aktivkonferenzen, die auf Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED stattfanden, sollten dem Verständnis nachhelfen. So erklärte Hermann Axen in Leipzig, daß der Parteikonferenz "in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der Geschichte unseres Volkes eine besondere Bedeutung zu [kommt]. Auf ihr wurde der historische Beschluß gefaßt, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialismus planmäßig aufzubauen. Damit hat unsere II. Parteikonferenz... dem Inhalt und der Tragweite ihres Beschlusses nach den Charakter eines Parteitages bekommen."¹² Das Gleichsetzen der Konferenz mit einem Parteitag bekräftigte den prinzipiellen Platz. Ausgeblendet blieb der statutenwidrige Charakter des Vorgangs; denn nur ein Parteitag war laut Statut befugt, über strategische Entscheidungen zu befinden.

Weder eine solide Diskussion im ZK noch in der SED-Mitgliedschaft, noch eine gesellschaftliche Konsenssuche waren der Konferenz vorausgegangen. Ernst Wollweber¹³ war "platt" über das Herangehen und Karl Schirdewan nannte den Beschluß undemokratisch aufgrund der Zusammensetzung der SED aus ehemaligen Mitgliedern der KPD und der SPD.¹⁴ Die SED selbst befand sich mit dem Stalinisierungsprozeß und den Säuberungen in der Polizei, im Staatsapparat und im Apparat der gesellschaftlichen Organisationen sowie in ihren eigenen Reihen besonders seit 1951 in einer widersprüchlichen Verfassung, die es erschweren mußte, eine sozialistische Vision demokratisch in praktische Politik umzusetzen und im Dialog mit anderen Bürgern eine antifaschistisch-demokratische Übereinstimmung an einen sozialistischen Konsens heranzuführen. Trotz Zehntausender Neuaufnahmen hatte die SED von Januar 1949 bis Dezember 1951 mehr als 500 000 Mitglieder und Kandidaten verloren, allein im Jahre 1951 162 972 (durch Verweigerung der Überprüfung, Austritte, Ausschluß und Streichung).¹⁵ Die politische Festigung der eigenen Reihen begleiteten nicht nur quantitative Verluste, sondern ebenso Defizite an innerparteilicher Demokratie durch repressive politische Ausgrenzungen und präventive Disziplinierung; Kommandieren, Administrieren und Bürokratismus waren nicht überwunden. Seit den Wahlen 1949 hatten sich die meisten damals gewählten Leitungen und leitenden Parteiorgane in großem Umfange geändert. "Haben wir Demokratie innerhalb der Partei und haben wir sie staatspolitisch gesehen?... Haben wir überhaupt noch gewählte Leitungen in der Partei?", woran liegt es, "daß oft ein Mangel an Vertrauen bei unseren Mitgliedern oder bei den Menschen im allgemeinen ist?"¹⁶, kritisierte Buchwitz auf dem 8. Plenum des ZK im Februar 1952. In Erkenntnis der krisenhaften Erscheinungen starteten Politbüro

und ZK seit Ende 1951 die Kampagne "Kritik und Selbstkritik", die Kritik von oben nach unten nun durchstellen sollte, vor allem Partei- und Staatsfunktionäre ins Visier nahm und sich in einem entsprechenden Beschluß der 8. Tagung des ZK niederschlug.¹⁷ Für Aktivismus und Demotivation, die sich in der SED die Hand gaben, konnte der Sozialismus-Beschluß Ansporn sein. Es war jedoch, wie Schirdewan in seinen Erinnerungen festhielt, "für uns eine unglückliche Situation, daß der Sozialismus administrativ – von oben verordnet – eingeführt werden sollte"¹⁸.

Begründet erscheint, daß die Ursprungsidee für eine Parteikonferenz inhaltlich umfunktioniert wurde. Nach den Gesprächsnotizen Wilhelm Piecks¹⁹ vom 12. Dezember 1951, zu einer Zeit, als in Moskau bereits an dem ersten Entwurf eines Vorschlags für einen Friedensvertrag mit Deutschland gearbeitet wurde²⁰, verständigten sich Pieck und Wladimir S. Semjonow²¹ darauf, daß das ZK der SED für Juli 1952 eine Parteikonferenz vorbereitet.²² Das Signalwort für den Inhalt der Konferenz lautet bei Pieck "Polit-Ökon. theoretisch"²³. Es könnte das Indiz dafür sein, daß ökonomische Probleme der DDR sehr grundsätzlich angesprochen bzw. die Diskussion um ökonomische Probleme des Sozialismus, die in Moskauer Fachkreisen im Gange war²⁴, für die DDR ausgewertet werden sollten. Auf dem 8. Plenum des ZK der SED vom 21. bis 23. Februar 1952, das die Vorbereitung der Parteikonferenz einleitete, wurden zwar Probleme der inneren Entwicklung deutlich markiert, aber auch Zeichen für den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages gesetzt. Ulbricht wandte sich gegen sogenannte spitzfindige Diskussionen und erklärte, wir "haben bei uns keine sozialistische Ordnung", wir müssen uns auch bei der Formulierung der ökonomischen Probleme "von unserer gesamtnationalen Politik leiten lassen", die Besonderheit unserer Lage bestehe darin, "daß wir den Kampf um die nationale Einheit eines demokratischen Deutschland führen".²⁵ Für die SED wies er an, das Studium der Geschichte der KPdSU (B) zu vertiefen, um "auf dem Weg einer Partei neuen Typus" weiter voranzukommen.²⁶ Das Plenum bestätigte einstimmig das Referat Ulbrichts. Es beauftragte "das Politbüro mit der Ausarbeitung der Entschließung für die II. Parteikonferenz, die bis Ende Mai 1952 zu veröffentlichen ist."²⁷

Nicht ausgeklammert werden kann das Kernproblem im Ost-West-Konflikt - die deutsche Frage. Hofften Bürger in beiden deutschen Staaten, daß politische Aktivitäten der vier Alliierten und der Regierung der BRD wie der Regierung der DDR einen Kompromiß ausloten und einen Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands öffnen könnten, so enttäuschte sie die Politik. Hatte die Regierung unter Konrad Adenauer²⁸ wegen ihres erklärten Kurses der Westintegration und den damit verbundenen Verträgen mit den westlichen Großmächten Vorschläge der DDR (15. 9., 2. 11. und 26. 11. 1951, 9. 1. 1952) für gesamtdeutsche freie Wahlen zu einer Nationalversammlung abgelehnt bzw. für zwecklos gehalten,²⁹ so waren für die Regierung der DDR Gegenvorschläge (27. 9., 16./17. 10. 1951), Wahlen mittels internationaler Kontrolle durch eine neutrale Kommission der UNO und unter Obhut der vier Mächte durchzuführen, nicht akzeptabel. Einschneidend wirkte sich der diplomatische Notenwechsel zwischen den Alliierten im Frühjahr 1952 um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutsch-

land auf die politische Situation aus. Das Schreiben der Regierung der DDR an die vier Großmächte vom 13. Februar 1952 mit der Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, war ein von sowjetischer Seite initiiertes Schritt. Er bereitet den Sprung für die sowjetische Note an die drei Westmächte vom 10. März 1952 vor, der der Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages beigelegt war.³⁰ Am 9. März informierte die sowjetische Seite Pieck über den Inhalt der Note³¹, die im Politbüro noch am Abend des 10. März behandelt wurde. Das Thema Friedensvertrag und deutsche Einheit bestimmte den Notenaustausch zwischen den Westmächten (25. 3., 13. 5., 10. 7., 23. 9. 1952) und der UdSSR (9. 4., 24. 5., 23. 8. 1952) bis zum Herbst 1952,³² wobei die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, begleitet vom Wohlwollen und Druck Adenauers, eine militärische Neutralität Deutschlands ablehnten, an den einseitigen Verträgen mit der Bundesrepublik sowie an der Forderung nach freien Wahlen unter internationaler Kontrolle festhielten. Gravierende Entscheidungen fielen jedoch bereits mit dem Ablehnen jeglicher Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion und mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten (Deutschlandvertrag – zeitgenössisch Generalvertrag) und des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG – scheiterte am 30. 8. 1954 an dem Votum der Französischen Nationalversammlung) durch Adenauer am 26./27. Mai 1952.

Wenn auch noch nicht endgültig, so waren doch bis 1952 im "Kampf um Deutschland" wesentliche Würfel gefallen. Verhandlungen, die in westlichen Kreisen befürwortet wurden, fanden zugunsten einer Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis nicht statt. Nach dem Ausbleiben des "Testfalls" läßt sich schwer einschätzen, wie sich die sowjetischen Vertreter am Konferenztisch verhalten und nach Vorteilen – aber welchen? – gesucht hätten, was auch Valentin Falin anmerkt.³³ Als Indizien für Kompromißchancen können gelten, daß es der UdSSR vor allem um den militärischen Status ging und Josef W. Stalin die Dokumente des Westens schon kurz nach ihrem Entstehen kannte³⁴, daß bei der SKK 1951 noch eine Abteilung für die deutsche Frage gebildet worden war, daß dem offiziellen SED-Kurs für die Parteikonferenz erst im letzten Moment grünes Licht gegeben wurde und daß die Sowjetunion in Korea auf Kompromißbereitschaft (Waffenstillstandsverhandlungen) setzte.³⁵ Mögliche Meinungskämpfe im Kreml, wie sie nun mittlerweile offen liegen, und die nach wie vor schlechte ökonomische und soziale Lage (Wohnungsbau, Landwirtschaft, Versorgung) im Innern des Landes können nicht außer acht bleiben.

2. Interne Vorbereitungen der Parteikonferenz

Während der Vorbereitungen zur SED-Parteikonferenz traten Wendungen, Probleme infolge des Stalinschen Konzepts sowie politische Merkwürdigkeiten auf. Eine Zäsur setzte das Politbüro des ZK der SED am 4. März 1952. An diesem Tag bestimmte es die Kommission, die bis zum 18. März "Thesen für die Entschließung zur II. Parteikonferenz"³⁶ vorlegen sollte. Neben Ulbricht als Vorsitzendem gehörten dem Gremi-

um die Mitglieder bzw. Kandidaten des Politbüros Fred Oelfner³⁷, Anton Ackermann³⁸ und Rudolf Herrnstadt³⁹, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Bruno Leuschner⁴⁰, die Mitglieder des Sekretariats des ZK Hans Lauter⁴¹ und Paul Verner⁴² sowie Albert Schäfer⁴³, Leiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK, an. Am Sonnabend, dem 15. März, und am Dienstag, dem 18. März, wurden Thesenpapiere bei Wilhelm Pieck zu Hause und im Politbüro diskutiert.⁴⁴ Das Sekretariat des ZK beschloß am 15. März den Organisationsstab für die Vorbereitung der Konferenz, der kontinuierlich arbeitete und die Konferenz professionell mit allem Notwendigen vorbereitete.⁴⁵

Laut Protokoll stimmte das Politbüro am 18. März dem Entwurf der "Thesen im Prinzip" zu, wobei Änderungsvorschläge an die Kommission übergeben werden sollten. Gleichzeitig erhielt die Kommission den Auftrag, für alle Fragen, die bis zur Parteikonferenz geklärt werden mußten, bis zum 20. März eine Beschlusvorlage auszuarbeiten. Dafür lag bereits am 18. von Ulbricht ein stichwortartiges Arbeitspapier "Probleme, die bis zur II. Parteikonferenz geklärt werden müssen",⁴⁶ vor. Für die außerordentliche Sitzung des Politbüros am 20. März vermerkte das Protokoll, daß im ersten Tagesordnungspunkt die "Thesen" für die Parteikonferenz und im zweiten Tagesordnungspunkt "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz"⁴⁷ bestätigt wurden. Obwohl die "Thesen" als Anlage im Protokoll fehlen und das Originaldokument bisher nicht aufgefunden wurde, und auch nicht, wie beabsichtigt, ein Entschlußentwurf veröffentlicht werden konnte, bestätigte sich die Vermutung der Autorin von 1991, daß dem Politbüro des ZK der KPdSU (B) ein umfangreiches Dokument mit Vorstellungen der SED zugegangen sein muß.⁴⁸ Der norwegische Forscher Stein Bjornstad fand in Moskau heraus, daß Semjonow ein Material der SED nach Moskau geschickte hatte, das bei dem Leiter der III. Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums am 27. März die Kritik hervorrief, die Thesen seien "so aufgebaut, als ob die SED-Regierung davon ausgeht, daß die existierende Teilung Deutschlands ewig andauern wird."⁴⁹

Selbst wenn nach den Äußerungen aus dem sowjetischen Außenministerium der Eindruck entsteht, als hätte die SED-Spitze bereits im März an die Proklamierung des Sozialismus gedacht, so sprechen die erwähnten und weitere Fakten dagegen, insbesondere die bisherige Entwicklung, die weder an Moskau noch an der SKK vorbei laufen konnte, wie auch die sowjetische Entscheidungsdominanz in der deutschen Frage. Zum anderen blieben Optionen offen. Entsprechende Schlüsse lassen sich aus den schon benannten Arbeitspapieren ziehen. Der bis zur Parteikonferenz zu klärende Fragenkatalog vom 18. März enthielt an erster Stelle die Frage: "Was geschieht, wenn der Generalvertrag durch die Bonner Regierung verabschiedet wird?"⁵⁰ Ihr folgten Fragen nach dem "Wie" des demokratischen Kampfes in der Bundesrepublik sowie Vorschläge für die Neueinführung einzelner staatlicher Kontrollfunktionen und für die Verbesserung der Lage insbesondere für Arbeiter (Lohnerhöhungen, Betriebskonsum, Betriebsessen, Wohnungsfrage). Das Papier "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz" vom 20. März beinhaltete vier Schwerpunkte: den Kampf um

einen Friedensvertrag und die Gewinnung demokratischer Kräfte in der Bundesrepublik; Gegenreaktionen bei der Beratung des Deutschlandvertrages im Bundestag (Erklärungen, Demonstrationen, Konferenzen u. a.); Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in Berlin und in der DDR; Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates, die eine Konkretisierung der vorgesehenen Neueinführung von Kontrollfunktionen darstellten.⁵¹

Am 20. März legte das Politbüro den Zeitpunkt der Konferenz auf den 9. bis 12. Juli fest und bestätigte das Thema des Referats von Ulbricht noch mit dem Titel "Die neuen Aufgaben im Kampf um den Friedensvertrag, für die Einheit Deutschlands und für das nationale Aufbauwerk".

Schlüsse lassen sich auch aus den bis jetzt bekannten Materialien ziehen, die die Reise Piecks, Ulbrichts und Grotewohls⁵² nach Moskau vom 29. März bis 10. April 1952 begleiteten. Mit den von Pieck mitgeführten Aufzeichnungen und dem Plan für die Besprechung anstehender Fragen war die Delegation gut vorbereitet und auf die Grundfragen eingestellt. In den Plan waren die vorher im Politbüro behandelten Vorschläge und bestätigten Papiere eingegangen.⁵³ Allerdings wurden zum ersten Mal Fragen nach einem "Massenkampf zum Sturz der Adenauer-Regierung" durch Wahlen und nach militärischen Konsequenzen für die DDR aufgeworfen. Was Pieck unter dem Stichwort "Thesen" festhielt, thematisierte die innere Lage der SED, die Situation im Kampf um den Frieden, die Rolle der Sowjetunion, die Wirtschaft in der DDR, Aufgaben der Landwirtschaft, die kulturpolitische Arbeit, die Verbesserung der staatlichen Arbeit, die Weiterentwicklung der SED zur Partei neuen Typs und Vorschläge zur sozialen Lage der Arbeiter.⁵⁴ Das Wort Sozialismus findet sich darin nicht. Die Delegation kam in den mehr als 10 Tagen nur am 1. (2 Stunden) und am 7. April (1,5 Stunden und 10 Minuten) im Politbüro der KPdSU zusammen (mit Stalin, Wjatscheslaw M. Molotow, Georgi M. Malenkow, Anastas I. Mikojan und Nikolai A. Bulganin). Antworten, die Stalin am 7. April auf Fragen Piecks⁵⁵ vom 1. April erteilte, befreiten die Delegation nicht völlig von ihren Problemen. Nach Piecks Niederschrift ging es vor allem um die militärische Aufrüstung (300 000 Mann-Armee) der DDR ("Volksarmee schaffen – ohne Geschrei. Pazifistische Periode ist vorbei"), um die Bildung paramilitärischer Organisationen, um die Sicherung der Demarkationslinie als "gefährliche Grenze", für die Stalin selbst Anweisungen gab, um die akute Rohstofflage der DDR, um landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und um Lohnfragen für Arbeiter und Ingenieure. Nicht behandelt wurden die "Thesen" sowie die Problematik Partei und Parteikonferenz. Über die zentralen Punkte Einheit und Friedensvertrag hieß es lakonisch: "weiter agitieren". Die von Wladimir Wolkow aufgefundene sowjetische Niederschrift über das Spitzengespräch und die Antworten Stalins bekräftigt Piecks Notizen. Sie widerspiegelt allerdings noch eindeutiger das Gewicht des militärischen Komplexes, die Auffassung Stalins, mit den Westmächten keinen Kompromiß mehr erreichen zu können, da sie Europa beherrschen wollten und "Westdeutschland in den Atlantik-Pakt hineinziehen" würden.⁵⁶ Stalins Instruktionen waren tatsächlich als "sozialistische" zu verstehen; auf Rückfragen Ulbrichts blieb er jedoch nach wie vor bei dem Standpunkt:

"nicht angebracht, lauthals vom Sozialismus zu reden".⁵⁷ Obwohl die militärischen Vorgaben schriftlich festgehalten wurden, wissen wir immer noch nicht alles. Auf die brennende Frage von Grotewohl, ob die SED an ihrer bisherigen Argumentation für die Einheit Deutschlands festhalten oder Veränderungen vornehmen solle, antwortete Stalin verneinend: "Man muß die Propagierung der Einheit Deutschlands die ganze Zeit fortsetzen."⁵⁸ Das Propagieren verknüpfte sich bei ihm mit dem Gedanken, daß weitere sowjetische Vorschläge nur dazu dienen sollten, "die Amerikaner zu entlarven".⁵⁹ Der letzte Moskauer Gipfel weniger als ein Jahr vor dem Tod Stalins verschärfte die außen- und innenpolitischen Zwänge für die DDR und entließ sie zusammen mit der sowjetischen Note vom 9. April als de facto "Begleitpapier" in einen Circulus vitiosus.

3. Sozialismus im Zwielficht

Was sollte das Politbüro anderes tun? Es nahm am 11. April die Moskauer Vorschläge als Grundlage an. Spitzenbesprechungen zwischen Pieck, Ulbricht, Grotewohl und dem Chef der SKK, Wassili I. Tschujkow,⁶⁰ Semjonow und anderen Vertretern konzentrierten sich sofort fast ausschließlich auf die militärischen und Sicherheitsfragen.⁶¹ Eine rasch ausufernde Werbekampagne für die Stärkung bestehender militärischer Formationen zur Bildung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) wurde vor allem unter der Jugend betrieben. Direktiven für die Erfüllung des Reparationsplanes im Jahre 1952 ergingen an die entsprechenden Minister.⁶² Delegationen bereiteten sich auf das Studium von Erfahrungen der Sowjetunion vor (Staatsapparat, Justiz, Landwirtschaft). Maßnahmen für die Auflösung der Länder und die Bildung der Bezirke und Kreise wurden vorbereitet, worüber dann die Parteikonferenz beschloß. Seit Anfang Mai wirkten Maßnahmen, um die Thüringer Grenze zu schließen und das "besondere Grenzregime", verbunden mit der Aussiedlung von Bürgern aus den Grenzkreisen, durchzusetzen. Mit Blick auf die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften setzte das Politbüro am 3. Juni eine Kommission zur Förderung des Genossenschaftsgedankens unter der Leitung Ulbrichts ein. Am gleichen Tag beschloß es, die Parteikonferenz einzuberufen; doch das Thema für das Referat Ulbrichts hieß schlicht: "Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED". Neben all diesen Veränderungen erfolgte die politische Arbeit zur Erläuterung der sowjetischen Vorschläge und zur Unterstützung von Aktionen in der Bundesrepublik gegen die Ratifizierung des Deutschlandvertrages. Die Unterzeichnung des Letzteren sowie des Vertrages über die EVG durch Adenauer am 26./27. Mai förderte die Entschlußkraft des Politbüros. Am 24. Juni standen die Losungen für die Demonstration anläßlich der II. Parteikonferenz fest, in die nun das Wort Sozialismus eingeführt wurde, die jedoch noch nicht veröffentlicht werden sollten. Die Losung "Es lebe die SED, der Vortrupp des deutschen Volkes im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus" stand an der Spitze.

Am 1. Juli fielen die Würfel. Das Politbüro bestätigte "nach eingehender Diskussion" den Entwurf des Referats von Ulbricht auf der Parteikonferenz und einigte sich auf einen Brief an Stalin. In dem fast vierseitigen Schreiben bat das Politbüro "um die Stellungnahme des Politbüros des ZK der KPdSU(B)" zu folgenden Fragen. Erstens

zur Einschätzung der SED: "Die SED hat sich zu einer marxistisch-leninistischen Partei entwickelt. Vor der Partei steht die geschichtliche Aufgabe, die Arbeiterklasse auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus vorwärtszuführen..."⁶³ Zweitens zur Charakteristik der Adenauer-Regierung - neben der kritischen Wertung des "Wiedererstehens des westdeutschen Militarismus" und des Ziels der Westintegration wird die Adenauer-Regierung charakterisiert als "die Regierung der reaktionärsten, militaristischen, profitgierigsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals..."; die Adenauer-Regierung sei "eine Vasallenregierung der USA".⁶⁴ Drittens ging es um die Entwicklungsstadien in der DDR: Nach der Charakteristik des antifaschistisch-demokratischen Regimes, des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, der Entwicklung sozialistischer Planwirtschaft wurde das Kernproblem so formuliert: "Es sind damit die entscheidenden Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau des Sozialismus und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der Landwirtschaft geschaffen. Das Hauptwerkzeug bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht, die sich von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur demokratischen Volksmacht, zur Volksdemokratie entwickelt hat."⁶⁵ Daran knüpften sich die Schlußfolgerungen, das deutsche Volk werde sich in freien gesamtdeutschen Wahlen für eine Nationalversammlung entscheiden, die DDR würde als Volksdemokratie überzeugend auf "breite Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen" in der Bundesrepublik wirken und die Initiative der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in der DDR bedeutend entwickeln. Schließlich wurde erklärt, die vorstehenden Formulierungen entsprächen der "einmütigen Auffassung" des Politbüros. Der Brief trägt das Datum 2. Juli. Im Zusammenhang mit dem Vermerk Piecks "2. Mittwoch, 10-Tschui-Besprechung zu Hause"⁶⁶ läßt sich darauf schließen, daß Pieck als Verantwortlicher der Allgemeinen Abteilung⁶⁷ den Brief - nun wahrscheinlich in Russisch - an Tschujkow übergab, der ihn weiterleitete. Vermutlich wußten Pieck und Ulbricht, daß am 8. Juli das Politbüro des ZK der KPdSU(B) tagen würde, da das Politbüro am 1. Juli den Termin für die 9. Tagung des ZK auf den 8. Juli um 17. 00 Uhr festlegte.⁶⁸

Als am 8. Juli erst das Politbüro und um 17.00 Uhr das ZK der SED zusammenkamen, mußte Ulbricht die Entschließung, die der II. Parteikonferenz vorgelegt werden sollte, vorlesen. Sie konnte nicht einmal mehr vervielfältigt werden.⁶⁹

Pünktlich um 10.00 Uhr begann am 9. Juli die Parteikonferenz, und Ulbricht verkündete in seinem Referat den Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe. Obwohl im Politbüro und im Organisationsstab bis zuletzt mit der Teilnahme einer sowjetischen Delegation gerechnet wurde, deren Vertreter als erster von den ausländischen Gästen sprechen sollte, nahm keine sowjetische Delegation teil. Diesen Affront korrigierte auch nicht die Grußadresse des ZK der KPdSU an die Konferenz, die in deutscher Sprache als Archivadokument vorliegt und mit Ausnahme sprachlicher Verbesserungen dem Text im Protokollband entspricht.⁷⁰ Begrüßt wurde nicht die Proklamation des Sozialismus, sondern es wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die historische Aufgabe gelingen möge, "ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland zu schaffen".⁷¹

Das löst Fragen aus: Drückte die einzuholende Zustimmung zur Entschließung der Konferenz die politische Vormundschaft oder Übereinkunft im sozialen Anliegen aus? War die Diktion im Begrüßungsschreiben an die Konferenz ein Propagandatrick? War alles ein Ausdruck für Meinungsdualismus oder waren das reine Formalia? Wo stand die DDR, der gerade eine militärische Bollwerkfunktion aufgedrückt wurde, im außenpolitischen Sicherheitskonzept der UdSSR wirklich? War sie für den Staat, der sie aus der Taufe gehoben und an sich gebunden hatte, Spielball, Faustpfand oder tatsächlich nur Provisorium? Letzteres würde allerdings für die Ernsthaftigkeit sowjetischer Angebote in der deutschen Frage sprechen. Doch Chancen, die die konkrete historische Situation bot, wurden von allen vier Großmächten zugunsten ihrer imperialen Macht- und Sicherheitsinteressen an Deutschland nicht geprüft.

So kann der Beschluß der II. Parteikonferenz nicht als "Schnäppchen" gegen Stalin, sondern eher als ein Stück Offenheit im Unterschied zu dessen janusgesichtiger Politik gesehen werden. Neu war allerdings außer der Losung nichts, denn alles war bereits im Gange. Die Konferenz widerspiegelte keinen neuen theoretischen Ansatz. Ein besonderer deutscher Weg gehörte seit 1948 zum Feindbild, und die Grundzüge des sowjetischen Modells blieben trotz Variationen anerkannt. Am Parteimodell gab es keine Abstriche. Ulbricht ließ sich in seinem Referat vom ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus inspirieren, wie es Stalin Anfang 1952 formuliert hatte.⁷² Lebendig war der genossenschaftliche Weg in der Landwirtschaft, der vorerst mit differenzierten Überlegungen eingeschlagen wurde und schon aufgrund wirtschaftlicher Erfordernisse sowie wegen der verlassenenen Höfe, die zu bewirtschaften waren, Sympathisanten fand. Er tangierte den allgemein tragfähigen und in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung verwurzelten Genossenschaftsgedanken. Andere Veränderungen griffen von oben tief in die Gesellschaft ein, insbesondere die KVP, Kasernenbau, Rüstung und Waffenimport sowie die militärische Sicherung der Grenze zur Bundesrepublik mit dem Makel inhumaner Aussiedlung und Abschottung. Die Preisgabe des traditionellen Länderföderalismus durch die Bildung der Bezirke, was strukturell alle Staatsorgane, Parteien und die Staatssicherheit nachvollziehen mußten, war der SED-Führung nicht einmal eines verfassungsändernden oder -ergänzenden Gesetzes wert. Zentralismus und Kontrolle wurden gestärkt. Die Parteimitglieder wurden erneut präventiv diszipliniert mit dem warnenden Hinweis auf die "Tätigkeit der Gruppe Slansky"⁷³ in der Tschechoslowakei und der Forderung, "die Partei mit kämpferischem Geist und größter Unduldsamkeit gegen alle Abweichungen, Fehler und Schwächen zu erfüllen"⁷⁴ und eiserne Disziplin zu wahren.

Der Beschluß der Parteikonferenz löste natürlich Zustimmung unter SED-Mitgliedern, bei den Vorsitzenden der CDU, LDPD, NDPD, bei Kleinbauern und Landarbeitern, in einigen Gruppen der Werk tätigen und in Teilen der Jugend aus. Mit dem 10. Juli und vor allem dem 11. Juli griffen Telegramme und Grußadressen das Stichwort Sozialismus immer häufiger auf. Eine interne Analyse der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED wußte jedoch von Ängsten vor allem unter Handwerkern, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmern. Der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann⁷⁵ und andere zeigten sich erst nach Diskussionen bereit, die Entschließung

ihres Vorstandes zu unterschreiben. In allen Parteien, besonders in der LDPD und in der CDU, traten stärkere Differenzierungen ein, kam es zu Parteiaustritten. Solche internen Analysen erreichten auch die SKK. Selbst für SED-Mitglieder stellte man fest, daß Fragen auftraten, was nun eigentlich zu tun sei, was das alles konkret bedeuten würde.⁷⁶ Ungute Stimmung löste die massive Werbung für die Volkspolizei aus. Als sich herumsprach, daß junge LDPD- und CDU-Mitglieder nur nach einem Parteiaustritt ihren Dienst antreten könnten, erhielten diese Parteien Zulauf. Die Republikflucht ging nicht zurück. Die positive Ausstrahlungskraft auf die Bundesrepublik Deutschland, wie im Brief an Stalin erwartet, blieb aus.

Dokument 1

Aus: Stenographische Niederschrift der 9. Tagung des ZK der SED am 8. Juli 1952, Abschrift⁷⁷

6 Exemplare

Unkorrigiert

Stenographische Niederschrift
der 9. Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am
8. Juli

1952 in Berlin, Haus der Einheit, 17.00.

(Vors. Wilhelm Pieck eröffnet um 17,15 Uhr die Konferenz.⁷⁸)

Vors. Wilhelm Pieck:

Die Tagung des Zentralkomitees ist eröffnet. Wir werden zuerst die Verlesung des Protokolls der letzten Tagung entgegennehmen.

(Folgt Verlesung des Protokolls der 8. Sitzung des ZK durch die Genossin Edith Baumann.⁷⁹)

Wünscht jemand das Wort zum Protokoll? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich wohl das Protokoll als bestätigt annehmen. Das ist der Fall.

Genossinnen und Genossen! Die Tagesordnung ist Euch zugegangen. Wir haben einen Punkt auf der Tagesordnung:

Fragen der Zweiten Parteikonferenz.

Berichterstatter ist der Genosse Walter Ulbricht.

Sollen noch weitere Punkte auf die Tagesordnung gesetzt werden? – Das ist nicht der Fall. Dann bleibt es dabei.

Das Wort hat also nun der Genosse Walter Ulbricht.

Walter Ulbricht:

Genossinnen und Genossen! Das Politbüro hat in mehreren Sitzungen zu den grundlegenden Problemen Stellung genommen, die auf der Zweiten Parteikonferenz beantwortet werden sollen. Die Kerngedanken sind in dem Entwurf einer EntschlieÙung für die Zweite Parteikonferenz niedergelegt. In der EntschlieÙung sind nur die Hauptgedanken behandelt, das heißt die Analyse der Lage. Gewisse Einzelfragen sind bewußt ausgelassen worden, so daß die EntschlieÙung die grundlegenden Aufgaben enthält, während im Referat eine eingehende Einschätzung der Lage gegeben wird und im Ergebnis der Einschätzung der Lage diese Aufgaben ausführlich entwickelt werden.

Meine Aufgabe ist es heute, im Auftrage des Politbüros den Inhalt, den Text des Entwurfes der EntschlieÙung der Zweiten Parteikonferenz zu verlesen, damit die Mitglieder des Zentralkomitees ihre Meinung dazu sagen können. Es war uns nicht möglich, den Text vorher zu vervielfältigen.

Der Entwurf der EntschlieÙung lautet:⁸⁰

(Folgt Verlesung des Entwurfs.)

Das ist der Entwurf für die EntschlieÙung der II. Parteikonferenz.

Ich möchte nur zu einem Punkt eine Bemerkung machen. Im Zusammenhang mit der grossen historischen Aufgabe des Aufbaues des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik steht die Aufgabe, in der Landwirtschaft die Grundlage des Sozialismus zu schaffen. Die Genossen in den Bezirken und Kreisen sind schon vor einiger Zeit über diese bevorstehende Aufgabe informiert worden. Das Politbüro ist der Meinung, dass die Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Grundsatz der strengsten Freiwilligkeit erfolgen muss. Das heisst, wir geben nicht die Direktive an die Parteioorganisationen, dass sie etwa landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften organisieren sollen, sondern dann, wenn sich die Landarbeiter und werktätigen Bauern zusammenschließen, um einen Organisationsausschuss für die Bildung einer Produktionsgenossenschaft zu schaffen und dabei die Genossen der Kreisleitung oder der örtlichen Parteileitungen ersuchen, hierbei anwesend zu sein, sollen unsere Genossen in diese Zusammenkünfte gehen. Aber sie sollen nicht von sich aus eine ganze Karawane von Vertretern aller möglichen Organe der Partei und der Massenorganisationen auf die werktätigen Bauern loslassen, wie das in einigen Fällen beinahe geschehen wäre.

Das ist sozusagen ein Kommentar zu dem betreffenden Punkt in dem Entwurf der EntschlieÙung. Im Referat werde ich ausführlich über diese Fragen sprechen.

Meine Ausführungen werden sich aber auf die Wiedergabe dessen beschränken, was die Landarbeiter und werktätigen Bauern eingeleitet haben, ohne dass also in dem Referat irgendwelche Direktiven oder Ratschläge gegeben werden. Wenn die Parteigenossen, die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften sind, als Diskussionsredner

auf der Parteikonferenz über das berichten, was die [sic – W. O.] gemacht haben, dann ist das ausgezeichnet. Aber wir werden keine Direktiven geben, weder im Referat noch in der EntschlieÙung, sondern wir werden die Maßnahmen unterstützen, die die Landarbeiter und werktätigen Bauern in vollständiger Freiwilligkeit selber vereinbaren und beschließen.

Soviel als Kommentar zu dieser Frage!

Vors. Wilhelm Pieck: Der vorgelesene EntschlieÙungsentwurf steht nunmehr zur Diskussion. Wir bitten die Genossen, sich an Hand der gemachten Notizen zu der Angelegenheit, die – wie Walter ausführte – eine ganze Reihe sehr ernster Probleme enthält und in der Partei neu sind, äussern. Das betrifft auch die Einschätzung des gegenwärtigen Zustandes in unserer Republik.

Hertha Bergmann:⁸¹ Ich habe nur eine Frage. Ich möchte gern wissen, ob in der EntschlieÙung oder auch im Referat auf die sehr wichtige Bewegung der kollektiven Stachanow-Arbeit in unserer DDR eingegangen wird. Diese Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, das zu verwirklichen, was der Genosse Rossiski in bezug auf die Stachanow-Arbeit wiedergegeben hat. Ich halte die Arbeit dieser Bewegung, die gleichzeitig auch eine Parallele in der Wismut AG hat, für ausserordentlich wichtig. Ich schneide diese Frage auch deshalb hier an, weil diese Genossen bis jetzt alleingestanden haben. Sie haben weder durch die Parteiorganisation des Werkes die richtige Führung erhalten, noch durch die Kreisleitung, die diese Arbeit ebenfalls völlig unterschätzt hat. Ebenso ist das auch in der Landesleitung geschehen, wahrscheinlich deshalb, weil diese Genossen der Landesleitung darüber bisher nur schlecht informiert worden sind. Ich denke, daß diese neue wichtige Bewegung bei uns gebührend beachtet werden muß. Andernfalls würde ich das sehr blamabel für unsere II. Parteikonferenz halten.

(Walter Ulbricht: Ich gehe darauf im Referat ein.)

Johannes R. Becher:⁸² Mir ist etwas aufgefallen. Ich weiss nicht, ob diese Frage im Referat sehr stark betont werden wird; aber in der Resolution ist das zu wenig zum Ausdruck gekommen. Ich meine die kulturellen Fragen, die Fragen des Kampfes für eine grosse nationale Kultur und für die Verteidigung unserer Kultur. Denn in der Resolution wird nur allgemein von der Hebung des kulturellen Niveaus gesprochen. Aber die großen Kulturfragen, die in der Aussprache selbstverständlich eine ausserordentliche Popularität haben und auch nach Westdeutschland gehen, müssen doch auch von uns, die wir als die Vorkämpfer für die Entwicklung einer grossen deutschen Kultur auftreten, in der EntschlieÙung ebenfalls betont werden. Ich glaube, daß das notwendig ist.

(Walter Ulbricht: Einverstanden. Nur in dem einen Abschnitt wird über die Entwicklung des kulturellen Lebensniveaus gesprochen.)

Das ist zu wenig!

(Walter Ulbricht: Aber wir können das auch im vorhergehenden Abschnitt ausführlicher machen. Ich bin damit einverstanden.)

Vors. Wilhelm Pieck: Die grosse Bedeutung der Parteikonferenz wird ja darin bestehen, daß sich die Genossen aus den Bezirken zu den grundlegenden Fragen, die in dem Bericht angedeutet werden, äussern. Wir legen das grösste Gewicht auf eine breite Diskussion. Aus diesem Grunde hat das Politbüro auch beschlossen, daß von den Mitgliedern des Politbüros nur vier Genossen sprechen werden, und zwar der Genosse Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, ich und Genosse Herrstadt, der über Berlin sprechen soll. Auch der Genosse Matern⁸³ soll noch sprechen. Es wird dadurch also Platz frei für die Genossen aus den Bezirken.

Wir haben ausserdem eine so grosse Zahl von ausländischen Gästen auf der Konferenz. Ich glaube, es sind etwa 30 Genossen, die aus den verschiedensten Ländern kommen werden.

Der Zeitplan über die Abwicklung unserer Konferenz liegt in der Mappe vor. Das Politbüro hat sich verständigt, daß ich zu Beginn des zweiten Tages über die Frage des Bonner Vertrags und der Organisierung der Verteidigung der DDR sprechen werde. Am 11. Juli wird zu Beginn der Genosse Grotewohl über die Fragen des Staatsapparates sprechen.

(Otto Grotewohl: Über die Reformen im Staatsapparat.)

Der Abschluß der Konferenz wird am 12. Juli um 20 Uhr ein Empfang der Parteikonferenz durch den Präsidenten im Schloßpark sein.

Am 11. Juli wird eine Demonstration der Berliner Arbeiterschaft stattfinden.

Am 10. Juli findet um 20,30 Uhr eine Kulturveranstaltung statt. – Die Genossen werden also auf dieser Konferenz sehr in Anspruch genommen werden.

Die Anfangszeiten sind ebenfalls schon festgesetzt: am ersten Tag um 10 Uhr, an den drei anderen Tagen um 9 Uhr. Wir bitten die Genossen, dafür zu sorgen, dass die Delegierten eine Viertelstunde vor Beginn im Saale anwesend sind, damit wir pünktlich beginnen können. Da in dem grossen Saal sonst ja Eisveranstaltungen stattfinden, haben wir die Hoffnung, dass es dort nicht so warm sein wird wie hier.

Am 12. Juli wird dann noch um 17 Uhr das Richtfest für die neuerstandenen Wohnkomplexe in der Stalinallee sein.

Herbert Warnke:⁸⁴ Ich habe noch eine Frage, der Hinweis, daß vier Mitglieder des Politbüros sprechen werden, ist doch nicht so zu verstehen, daß nicht auch vom Zentralkomitee noch jemand sprechen könnte?

(Wilhelm Pieck: Wir sprechen nur vom Politbüro.)

Walter Ulbricht: Wir legen auch Wert darauf, daß möglichst wenig Minister sprechen. Es sollen also möglichst viele Delegierte zu Worte kommen.

Alfred Oelssner:⁸⁵ Ich möchte fragen, ob auf der Konferenz der Ersatz der beiden Revisoren vorgenommen werden soll?

Vors. Wilhelm Pieck: Jawohl! – Wir haben aber auch von uns aus noch die Ersatzwahl für die Kandidaten der Zentralen Revisionskommission vorzunehmen. Der zweiten Parteikonferenz ist folgender Antrag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

(folgt Verlesung des Antrages)...⁸⁶

Dokument 2

Aus: Arbeitsprotokoll der 9. Tagung des ZK der SED am 8. Juli 1952, Abschrift⁸⁷

Zur Bestätigung (3)

Protokoll Nr. 9

der Tagung des Zentralkomitees am 8. Juli 1952⁸⁸

Behandelt:

1. Protokollbestätigung:

Beschlossen:

Das Protokoll Nr. 8 der Tagung des Zentralkomitees am 21., 22. und 23. Februar wird bestätigt.

2. Fragen der II. Parteikonferenz:

Berichterstatter: Ulbricht

Die informativischen Ausführungen des Genossen Ulbricht zum Referat und der Text der Entschlußung zur II. Parteikonferenz werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Zentralkomitee beschließt einstimmig, der II. Parteikonferenz den Genossen Alfred Baumann,⁸⁹ Zwickau, zur Wahl als Kandidat des Zentralkomitees vorzuschlagen. Die außerdem zu wählenden 3 Kandidaten des

Zentralkomitees werden der Konferenz nach Absprache mit den Delegierten vorgeschlagen; als ordentliches Mitglied der Zentralen Revisionskommission Genossin Margarete Langner⁹⁰, bisher Kandidat der Zentralen Revisionskommission, als Kandidaten der Zentralen Revisionskommission die Genossen Hans Sonntag⁹¹, Halle, und Alfred Dittmar,⁹² Ruhla.

3. Ausschluß von Walter Krebaum aus der SED: ⁹³ Nach Begründung des Vorschlages der Zentralen Parteikontrollkommission auf Ausschluß von Walter Krebaum aus der Partei durch den Genossen Hermann Matern beschließt das Zentralkomitee einstimmig, der Parteikonferenz vorzuschlagen, Walter Krebaum, bisher stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Landwirtschaft beim ZK, aus der Partei auszuschließen.

Der Ablauf der Tagung des Zentralkomitees wurde stenographisch aufgenommen. Das Stenogramm ist dem Protokoll beigelegt.

1 Siehe Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994; Michael Lemke: "Doppelte Alleinvertretung". Die nationalen Wiedervereinigungskonzepte der beiden deutschen Regierungen und die Grundzüge ihrer politischen Realisierung in der DDR (1949-1952/53), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 1992, Heft 40, S.531-543; Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994; Rolf Badstübner: Vom "Reich" zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945-1955, München 1999; ders.: Die Interessen der Mächte angesichts der Stalin-Note vom 10. März 1952. Stand der Ost-West-Konfrontation in Deutschland 1952, in: Deutschland Archiv 2002, Heft 2, S.231-236; Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949-1953. Eine Dokumentation. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und eingeleitet von Elke Scherstjanoi, München 1998; Wladimir K. Wolkow: Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952), in: ZfG 2000, Heft 1, S.20-49; Jürgen Zarusky (Hrsg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen. Mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 2002, Bd. 84.

2 Siehe Torsten Diedrich: Der "Dienst für Deutschland" (1952-1953), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Torsten Diedrich, Hans Ehlert und Rüdiger Wenzke, Berlin 1998, S.153-167; ders.: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946-1961), in: Im Dienste der Partei, S.201-223; ders.: Die Kasernierte Volkspoli-

- zei (1952-1956), in: Im Dienste der Partei, S.339-369; Paul Heider: Gesellschaft für Sport und Technik (GST), in: Die Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch, hrsg. v. Gerd-Rüdiger Stephan, Andreas Herbst, Christine Krauss u. a., Berlin 2002, S.678-700; Inge Bennewitz/Rainer Potratz: Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 1994.
- 3 30.6.1893-1.8.1973, Generalsekretär des ZK der SED, Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK.
- 4 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9.-12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, S.58.
- 5 27.4.1879-9.7.1964, Mitglied des ZK, Alterspräsident der Volkskammer. Im folgenden werden politische Funktionen nur für das Jahr 1952 angeführt.
- 6 Protokoll der Verhandlungen, S.257.
- 7 Siehe Anhang Dokument 1.
- 8 14.5.1907-14.7.1998, 1952 1. Sekretär des SED-Landesleitung Sachsen bzw. der SED-Bezirksleitung Leipzig.
- 9 In Schulungsmaterialien für die SED hieß es 1951 noch eindeutig, daß "gegenwärtig nicht die Aufgabe steht, den Sozialismus zu errichten".
- 10 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im folgenden SAPMO-BArch), DY 30/IV 1/2/1, Bl. 24-158 (Rede Ulbrichts), insb. Bl.24-63.
- 11 Siehe Protokoll, S.33-35, 39f. (BRD), Bl.53-56 (DDR).
- 12 Hermann Axen. Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees. Die II. Parteikonferenz weist uns den Weg. Referat auf der Tagung des Parteiaktivs des Stadtkreises Leipzig am 13. August 1953, Berlin [1952], S.1.
- 13 28.10.1898-3.5.1967, 1952 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen.
- 14 Siehe Wilfriede Otto (Hrsg.): Ernst Wollweber: Aus Erinnerungen. Ein Porträt Walter Ulbrichts, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (im folgenden BzG), 1990, H.3, S.357; Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994, S.34f.
- 15 Siehe Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Teil 1 und 2, Frankfurt/Oder 1997, S.195-213, 496-499; Bericht der Zentralen Kommission zur Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten vom 22.4.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/108, Bl. 25f.
- 16 Otto Buchwitz: Die innerparteiliche Demokratie entwickeln, in: 8. Tagung des Zentralkomitees der SED. Walter Ulbricht: Die ideologisch-politisch-organisatorische Arbeit der Partei und die Vorbereitung der II. Parteikonferenz, Berlin 1952, S.81.
- 17 Siehe Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung, in: 8. Tagung, S.7-13.
- 18 Schirdewan, Aufstand, S.35.
- 19 3.1.1876-7.1.1960, Vorsitzender der SED, Präsident der DDR.
- 20 Wettig, Bereitschaft zu Einheit, S.205-208. Obwohl das Anliegen, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen, die DDR-Seite selbst mit dem Vorschlag für eine "gesamtddeutsche Beratung" unterstützte, den sie in ihrem Brief an die Regierung der BRD vom 15.9.1951 unterbreitete, waren Pieck die Internas der sowjetischen Vorbereitungen natürlich nicht bekannt.
- 21 16.2.1911-18.2.1992, Politischer Berater des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Deutschland.
- 22 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.380.
- 23 Ebenda.
- 24 Schulungsmaterialien der SED stützten sich in Fragen einer politischen Ökonomie des Sozialismus insbesondere auf die "Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang" (1939), auf den Sammelband mit Reden Stalins "Fragen des Leninismus" (1924) und die "Kritik des Gothaer Programms" (1875) von Karl Marx. Angesichts der außerordentlich schwierigen Situation für die UdSSR nach dem 2. Weltkrieg hatte Stalin großes Gewicht auf Analysen zur Lösung ökonomischer Probleme gelegt und einen engen

Kontakt zu dem von ihm sehr geschätzten Nikolai A. Wosnessenski, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied des Staatlichen Verteidigungskomitees, nach 1945 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU (B), gepflegt. 1950, kurz vor Abschluß des neuen Buches "Politische Ökonomie des Kommunismus" von Wosnessenski, ließ Stalin auch ihn im Zusammenhang mit der Massenrepressalie "Leningrader Fall" (1948-50) verhaften und am 1. Oktober 1950 erschießen. Diskussionen um die Ökonomie setzten sich fort mit der Vorlage des Entwurfs für ein Lehrbuch der politischen Ökonomie im November 1951, worüber sich Stalin seit 1. Februar 1952 zu äußern begann. Die "Bemerkungen" Stalins bis zum September 1952 fanden in der Broschüre "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" Niederschlag. Sie erschien 1952 auch in der DDR. Siehe Dmitri Wolkogonow: Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J. W. Stalin, Bd. 2/2, Berlin 1990, S.20-23, 46, 50, 56-59, 63, 188; Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin 1990, S.391-392.; J. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin 1952, S.3.

25 8. Tagung, S.68f.

26 Ebenda, S.68ff.

27 Arbeitsprotokoll der 8. Tagung des ZK, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/104, Bl. 2.

28 5.1.1876-19.4.1967, Bundeskanzler.

29 Die Wahlen sollten auf der Grundlage des Reichswahlgesetzes der Weimarer Republik, ergänzt durch DDR-Erfahrungen, vorbereitet werden. Siehe Wettig, Bereitschaft zu Einheit, S.200-205.

30 Siehe Zarusky, Die Stalin-Note.

31 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.381.

32 Siehe Rolf Steininger: Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985; Reinhard Neebe: Wahlen als Test: Eine gescheiterte Initiative des Politischen Planungsstabs im State Department zur Stalin-Note vom 10. März 1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1989, Heft 1, S.139-162.

33 Siehe Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993, S.308-314.

34 Siehe ebenda, S.311. Im Rückschluß aus Verhandlungsversuchen im Frühjahr 1953 wäre vermutlich vor allem an finanzielle Forderungen sowie an das Interesse an der Uran-Ausbeute in der DDR zu denken.

35 Gemeint ist der Krieg in Korea 1950-1953, in dem seit Sommer 1951 sich entlang des 38. Breitengrades die Front stabilisiert hatte und ein Patt entstanden war.

36 Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros vom 4. 3. 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/198, Bl. 3.

37 27.2.1903-7.11.1977, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift "Einheit".

38 25.12.1905-4.5.1973, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

39 18.3.1903-28.8.1966, Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Chefredakteur des "Neuen Deutschland", unter falschen Anschuldigungen 1953 aus dem ZK und 1954 aus der SED ausgeschlossen.

40 12.8.1910-10.2.1965, Mitglied des ZK der SED.

41 Geboren 22.12.1914.

42 26.4.1911-12.12.1986.

43 7.2.1914.

44 Siehe Pieck-Vormerkkalender, SAPMO-BArch, NY 4036/27.

45 Siehe Vorlage von Otto Schön an das Sekretariat am 15.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 1/2/5, Bl. 1-2.

46 Siehe Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros vom 18.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2/202, Bl. 12.

47 Anlage 1 zum Protokoll Nr. 203 vom 20. März 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/203, Bl. 3-5.

48 Siehe Wilfriede Otto: Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks, in: BzG 1991, Heft 3, S.374-389, hier 374-375.

- 49 Siehe Elke Scherstjanoi: Sowjetische Reaktionen auf die Zweiten Parteikonferenz der SED 1952, in diesem Jahrbuch. Insofern teilt die Autorin nicht die Vermutung von Günter Benser, daß das Papier "Vorschläge in Verbindung mit der Vorbereitung der II. Parteikonferenz" mit den sogenannten Thesen identisch gewesen sei, zumal sich auch Pieck bei den Gesprächen in Moskau Anfang April 1952 wiederholt auf "Thesen" bezog. Siehe Günter Benser: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde. Eine Rückschau auf die II. Parteikonferenz der SED mit Dokumentenanhang, hefte zur ddr-Geschichte 75, Berlin 2002, Anm. 19.; Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.383, 389, 392, 397.
- 50 Arbeitsprotokoll 18.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/202, Bl. 12.
- 51 Siehe Anlage 1 zum Protokoll vom 20.3.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/203, Bl. 3-5.
- 52 11.3.1894-21.9.1964, Ministerpräsident, Vorsitzender der SED, Mitglied des Politbüros des ZK.
- 53 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.382-399.
- 54 Siehe ebenda, S.392/393.
- 55 Die Fragen umfaßten folgende Probleme: 1. Perspektiven für den Abschluß eines Friedensvertrages, gesamtdeutsche Wahlen, Kampf in Westdeutschland; 2. Aufgaben nach dem Abschluß des "Generalvertrages"; 3. militärische Verteidigung der DDR. Das Gespräch selbst drehte sich vor allem um die wirtschaftliche Lage der DDR. Stalin schlug vor, die Erörterung der deutschen Frage, der Lage in der Bundesrepublik und der Perspektiven des "Generalvertrages" auf ein zweites Treffen zu verschieben. Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.383-384; Wladimir Wolkow, Die deutsche Frage, S.43-45.
- 56 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.396-397; Wolkow, Die deutsche Frage, S.44-45.
- 57 Wolkow, Die deutsche Frage, S. 46.
- 58 Ebenda, S.47.
- 59 Ebenda. Am 25. März 1952 war die ablehnende Note der Westmächte ergangen, die vor dem Abschluß eines Friedensvertrages die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage freier Wahlen forderte und nationale Streitkräfte zugunsten der Einbeziehung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft ablehnte. Siehe Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung, S.162. Die Regierung der UdSSR erteilte am 9. April ihre Antwort, mit der sie auf den Vorschlag gesamtdeutsche freie Wahlen einging. Die noch in Moskau weilende SED-Delegation erfuhr vor Ort davon offensichtlich nichts.
- 60 12.2.1900-März 1982, Kandidat des ZK der KPdSU(B), Armeegeneral.
- 61 Siehe Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S.400-403.
- 62 Siehe Anlage 2 zum Protokoll des Politbüros vom 22.4.1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/208, Bl. 12-16.
- 63 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/218, Bl. 11.
- 64 Ebenda, Bl. 11-12.
- 65 Ebenda, Bl. 12-14.
- 66 Pieck-Vormerkkalender, SAPMO-BArch, NY 4036/27.
- 67 Die Allgemeine Abteilung war seit Gründung der SED die wichtigste Verbindungsstelle der SED-Führung zu Offizieren der SMAD/SKK in Berlin-Karlshorst, zur Parteiführung der KPdSU sowie zu den Diplomaten der UdSSR in der DDR. Sie unterstand von 1946-1977 direkt den SED-Vorsitzenden (Pieck und Grotewohl, ab 1952 Ulbricht, ab 1971 Honecker, ab 1977 zeichnete Hermann Axen verantwortlich). Ab 1981 wurde sie zu einer Arbeitsgruppe heruntergestuft.
- 68 In dem Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU "Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik", der einer SED-Delegation, die vom 2.-4. Juni 1953 in Moskau weilte, übergeben wurde, kehrt das Datum 8. Juli mit dem Text wieder: "Unter den heutigen Bedingungen (ist) der Kurs auf eine Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR, der von der SED eingeschlagen und vom Politbüro des ZK der KPdSU(B) in seinem Beschluß vom 8. Juli gebilligt worden war, für nicht richtig zu halten." Rolf Stöckigt (Hrsg.): Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 1990, Heft 5, S.652.
- 69 Siehe Dokument 1.
- 70 Siehe Protokoll, S.7-8.
- 71 Ebenda, S. 8.
- 72 Siehe Anm. 23; Stalin: Ökonomische Probleme, S.41; Protokoll, S.61. "Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft

- durch das ununterbrochene Wachstum und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchsten Technik."
- 73 Beschluß der II. Parteikonferenz, Protokoll, S.496. Das bezieht sich auf Rudolf Slánský, Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei, der November 1951 wegen falscher Anschuldigungen verhaftet und November 1952 zum Tode verurteilt wurde.
- 74 Diskussionsbeitrag Hermann Matern, in: Protokoll, S.303.
- 75 19.1.1893-22.2.1969.
- 76 Ein überraschender Parallelbeweis ist das von Elke Scherstjanoi veröffentlichte Dokument in diesem Heft.
- 77 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/105, Bl. 1-7.
- 78 Von 51 Mitgliedern des ZK waren 4 entschuldigt, von 23 Kandidaten des ZK 2.
- 79 1.8.1909-7.4.1973, Mitglied des Sekretariats des ZK der SED und Mitglied des Bundesvorstandes des DFD.
- 80 Der Entschließungsentwurf liegt weder dem Protokoll der 9. Tagung des ZK der SED noch der stenographischen Niederschrift der Parteikonferenz bei. Damit läßt sich die Differenz zwischen dem Beschluß der 9. Tagung, daß der Text der Entschließung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, und der Mitteilung von Anton Ackermann im Auftrag der auf der Parteikonferenz gewählten Redaktionskommission, daß die Redaktionskommission den Beschlußentwurf ausgearbeitet hat, nicht aufklären. Siehe dazu Dokument 2 und die Abänderungen am Entschließungsentwurf sowie die auf der Parteikonferenz angenommene Entschließung "Beschluß der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben im Kampf für Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus", in: Protokoll S. 474-481, 489-497. Vorsitzender der Redaktionskommission war Walter Ulbricht. Dazu gehörten u. a. auch sechs Mitglieder der sog. Thesenkommission (Walter Ulbricht, Fred Oelßner, Anton Ackermann, Rudolf Herrnstadt, Hans Lauter, Paul Verner, Bruno Leuschner und Albert Schäfer).
- 81 Richtig: Herta Bergmann, geboren 13.8.1926; Mitglied des SED-Landesvorstandes Sachsen, bis 1954 Sekretär für Kultur und Volksbildung der SED-Bezirksleitung Chemnitz bzw. Karl-Marx-Stadt, Ende 1953/Anfang 1954 wegen verschwiegener Angaben aus ihrem Leben vor 1945 von der Funktion abberufen.
- 82 22.5.1891-11.10.1958, seit 1954 Minister für Kultur der DDR.
- 83 Hermann Matern, 17.6.1893-24.1.1971, Mitglied des Politbüros des ZK und Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission des ZK.
- 84 24.2.1902-26.3.1975, Vorsitzender des FDGB-Bundesvorstandes.
- 85 30.8.1879-13.6.1962, Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED.
- 86 Nachfolgend verständigte sich das ZK bis zum Ende der Tagung um 18.00 Uhr über die Ersatzwahl für die Zentrale Revisionskommission, über die Aufnahme neuer Kandidaten in das ZK und über den Ausschluß eines ZK-Mitglied wegen des Verschweigens von Angaben aus seinem Leben vor 1945.
- 87 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/106, Bl. 1f.
- 88 Links am Rand der Vermerk: "bestätigt 18.11.52", was sich auf die Bestätigung für die Vorlage des Protokolls auf der 10. Tagung des ZK (20.-22.11.1952) bezieht.
- 89 27.4.1900-?, Initiator der "Bewegung der freiwillig erhöhten Normenfestlegung", Ingenieur im VEB "Karl-Marx-Werk" (Bergbau) in Zwickau.
- 90 19.1.1906-8.7.1992, ab 1952 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam.
- 91 Geboren 8.12.1925, Stellvertretender Leiter der Deutschen Notenbank in Sachsen-Anhalt, 1954 Flucht in die Bundesrepublik Deutschland.
- 92 Richtig: Albrecht Dittmar, geboren 28.1.1928, Hauptbuchhalter, 1958 wegen "leichtfertigen Umgangs mit der Schußwaffe abberufen".
- 93 Links am Rand der Vermerk: 38 – Ablage.